Berufsverband der Deutschen Urologen e.V.

Urologe 2016 · 55:421
DOI 10.1007/s00120-016-0076-7
© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2016

Redaktion

W. Bühlmann (V.i.S.d.P.)
Keitumer Süderstr.33 c
25980 Sylt OT Keitum

+++ URO-Telegramm +++

BDU propagiert Jungensprechstunde und HPV-Impfung für Jungs

Im Rahmen seiner Initiative zur Jungensprechstunde bietet der Berufsverband der Deutschen Urologen e.V. auf den Regionalkongressen 2016 in Münster (Nordrhein-Westfälische Gesellschaft für Urologie), Augsburg (Bayerisch-österreichischer Kongress), Ludwigshafen (Südwestdeutsche Gesellschaft für Urologie) und Berlin (Nordkongress) jeweils ein Seminar zur Jungensprechstunde und HPV-Impfung für Jungs, die nach internationaler Datenlage längst überfällig ist. Um nach einer zu erwartenden Zulassung der Jungsimpfung in Deutschland aktuell vorbereitet zu sein, werden die Seminare in Augsburg, Ludwigshafen und Berlin um einen eintägigen Impfkurs ergänzt, der den Urologen, die bisher noch nicht über die Abrechnungsgenehmigung für Impfungen verfügen, diese Chance ermöglicht. Zum Abschluss des Impfkurses erhalten die erfolgreichen Absolventen das Zertifikat zur Berechtigung der Durchführung und Abrechnung der Impfungen. Die HPV-Impfung wird extrabudgetär vergütet und erweitert das Leistungsspektrum der urologischen Praxis, insbesondere auch als „Türöffner“ für die Jungensprechstunde als Brücke zur Steigerung der Akzeptanz von zukünftige Früherkennungsuntersuchungen. Nutzen Sie diese Chance und melden Sie sich an!

Es gibt noch Richter!

Leider nur in Frankreich. Man lasse sich die Urteilsbegründung des französischen Verfassungshofs auf der Zunge zergehen und zwar langsam und wiederholt:

Frankreichs Ärzte jubeln: Am 22. Januar hat der nationale Verfassungshof das umstrittene Sachleistungsmodell, dass die Regierung gegen den erbitterten Widerstand der Ärzteschaft einführen wollte, für verfassungswidrig erklärt.

Nach erfolglosen Streiks und Massendemonstrationen gegen die Reform hatten Ärzteverbände gegen den Gesetzentwurf geklagt. Der Verfassungshof begründet seine Entscheidung damit, dass die Regierung oder

der Staat nicht berechtigt seien, berufstätigen Menschen, die selbst keine Staatsangestellten sind, eine Abrechnungsmethode zu diktieren.

Wir können hochofreut feststellen: die Liste der „auswanderungswürdigen“ Regionen ist um ein Land länger geworden.

www.aerztezeitung.de

Immer mehr Patienten aus dem Ausland zur Behandlung in Deutschland

Im Jahr 2014 ließen sich mehr als 251.000 Patienten aus 176

Ländern stationär oder ambulant in Deutschland behandeln. Dies entspricht einem Zuwachs von 4,4 % gegenüber 2013. Das berichtet der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg in Sankt Augustin. Der Fachbereich recherchiert regelmäßig die Zahl der Medizintouristen und die daraus resultierenden Umsätze. Als Datengrundlage dienen unter anderem Zahlen des Statistischen Bundesamtes.

„Seit Jahren kommen immer mehr Patienten nach Deutschland, um sich hier betreuen zu lassen“, berichtet Jens Juszcak von der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg gegenüber dem Deutschen Ärzteblatt. Ein wichtiger Grund dafür sei der hervorragende Ruf deutscher Ärzte im Ausland. Entscheidend sei außerdem die hohe medizintechnische Ausstattung von Kliniken und Praxen in Deutschland.

Russland bleibt Spitzenreiter

Russland bleibt weiterhin der wichtigste Quellmarkt mit etwa 9800 stationären und 15.000 ambulanten Patienten. Allerdings zeigten sich mit einem Rückgang der Behandlungszahlen um 7,5 % erste Auswirkungen des Währungsverfalls des Rubels sowie der EU-Sanktionen. Dieser Rückgang wurde aber durch eine Zunahme von Patienten aus arabischen Ländern ausgeglichen.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der Patienten aus dem Ausland verdoppelt, aber nicht alle Bundesländer profitieren laut der Hochschule gleichermaßen von diesem Zuwachs. Insbesondere Berlin/Brandenburg gewinne schnell Anschluss

an die führenden Destinationen für Medizintourismus Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg.

Seit 2004 konnte die Hauptstadt die Nachfrage aus dem Ausland vervielfachen und erreichte auch 2014 ein Plus von 20 %. Lediglich Brandenburg mit plus 28 % und Sachsen (plus 36 %) schnitten besser ab.

www.aerzteblatt.de

Anwälte dürfen sich mit Ärzten und Apothekern zusammentun

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: Das Verbot der Partnerschaftsgesellschaft von Rechtsanwälten mit Ärzten und Apothekern ist verfassungswidrig. Der entsprechende Beschluss wurde aktuell veröffentlicht.

Der mit dem Sozietätsverbot verbundene Eingriff in die Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG) sei unverhältnismäßig, heißt es dort. Denn der Gesetzgeber habe den Zusammenschluss von Rechtsanwälten mit anderen Berufsgruppen – insbesondere mit Patentanwälten, Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern – in einer Partnerschaftsgesellschaft zugelassen.

www.aerztezeitung.de